

Austauschtreffen mit dem Verwaltungsvorstand der Stadt Steinfurt am 23. Januar 2023



Liebe Vereinsmitglieder und Mitstreiter*innen!

Die Bürgermeisterin hatte uns zu einem Informationsaustausch über unsere Bürger*innenanträge für mehr Klimaschutz in Steinfurt und die Einrichtung eines Klimafonds am 23. Januar 2023 eingeladen.

Teilgenommen haben:

Bürgermeisterin Claudia Bögel-Hoyer, erster Beigeordneter Michael Schell, technischer Beigeordneter Hans Schröder, Klimaschutzmanager Simon Möser, Uli Ahlke, Martina Stienemann, Uli Fischer, Yvonne Hoppe-Engbring, Anne Schmiechen, Anna Ahlke und Ralf Binow.

Um es gleich vorwegzunehmen: Klimaneutralität bis 2040 ist unter den derzeitigen Rahmenbedingungen in Steinfurt nicht zu schaffen. Offen bleibt die Frage: Was hält die Stadtverwaltung davon ab, beim Klimaschutz entschlossener zu handeln? Die notwendige Expertise und den Willen zur Veränderung findet sie vor ihrer eigenen Haustür.

Im Folgenden nun die Ergebnisse und unsere Eindrücke vom Austausch mit der Stadtverwaltung:

Zu Beginn des Gespräches zeigte sich die Bürgermeisterin beeindruckt vom Engagement des Vereins für den Klimaschutz und vom Durchsetzungswillen bei der Nachverfolgung der Bürger*innenanträge.

Die Art und Weise, wie der Verein die Einwohnerfragestunde der letzten Ratssitzung genutzt hat, wertete sie allerdings als unfair.

Steinfurt und der Klimaschutz

Im Gesprächsverlauf stellte die Verwaltung dar, dass bereits sehr viel im Bereich Klimaschutz geplant und konzeptionell aufbereitet wird, so dass in einem nächsten Schritt Prioritäten gesetzt werden können.

Deutlich wurde aber auch, dass dabei kein modernes und effizientes Projektmanagement angewendet wird, welches die erforderlichen Ressourcen für die Umsetzung berücksichtigt.

Die Verwaltung machte deutlich, dass sie neben der Bearbeitung von Klimaschutzthemen eine Vielzahl anderer Aufgaben habe, so dass dieses Thema nur eines unter Vielen ist. Es müsse Beachtung finden, dass für Klimaschutz daher nur begrenzte Ressourcen zur Verfügung stehen.

Klimaneutralität bis 2040 in Steinfurt nicht realisierbar

Wie kann der Transformationsprozess erfolgreich in Gang gesetzt und verstetigt werden? Aus unserer Sicht muss entschieden ambitionierter und vor allen Dingen ehrlich und transparent gegenüber der Zivilgesellschaft gehandelt werden.

Die Dimensionen sind gewaltig: Überschlägliche Berechnungen zeigen, dass allein die Umsetzung der 114 Projekte und Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes einen zusätzlichen Aufwand von rd. 23.000 Jahresarbeitsstunden (etwa 15 Personalstellen) erfordern. Nicht berücksichtigt sind dabei die Umsetzung des Mobilitätskonzeptes und die Wärmeleitplanung. Allen Teilnehmenden ist klar, dass es für Steinfurt derzeit nicht möglich ist, die hohe Anzahl an notwendigen Personalstellen einzurichten. Daher, so waren sich alle einig, muss ehrlich zugegeben werden, dass die Erreichung der Klimaneutralität bis 2040 angesichts fehlender finanzieller und personeller Ressourcen völlig unrealistisch ist.

Gerade wegen der begrenzten Möglichkeiten müssen aus unserer Sicht die Chancen struktureller Verbesserungen genutzt und alle gesellschaftlichen Kräfte mobilisiert werden, um möglichst nah an das Ziel der Klimaneutralität heranzureichen.

Dialogkultur und Bürgerbeteiligung

Während der zweistündigen Unterredung wurde auch das Thema Bürgerbeteiligung angesprochen. Das Angebot des Vereins, die Stadtverwaltung bei Fragen der Kommunikation und Partizipation fachlich zu beraten und zu begleiten, wurde von der Verwaltung begrüßt. Beide Seiten verständigten sich darauf, im Dialog zu bleiben und bei Bedarf weitere Gespräche zu führen.

In Sachen Bürgerbeteiligung wies Bürgermeisterin Bögel-Hoyer allerdings darauf hin, dass alle Verwaltungsmitarbeiter zur Ansprache des Bürgers zur Verfügung ständen, auch sie persönlich. Im Großen und Ganzen sieht die Verwaltung die Bürger durch Befragungen und Konferenzen bereits umfangreich beteiligt.

Klimaschutz als übergeordnete Querschnittsaufgabe

Die im Bürger*innenantrag vorgeschlagenen strukturellen Veränderungen werden seitens der Verwaltung abgelehnt. Auch die Notwendigkeit, Klimaschutz als übergeordnete Querschnittsaufgabe zu definieren und zu etablieren, wird nicht gesehen.

Die Einrichtung eines Beirates für Klimaschutz und Nachhaltigkeit und die Weiterführung der AG`s sind verwaltungsintern noch in der Diskussion. Zur Einrichtung des Klimafonds werden bereits Gespräche geführt.

Wir haben darauf hingewiesen, dass eine schriftliche Beantwortung unseres Bürger*innenantrag für mehr Klimaschutz noch aussteht.

Unsere Big Points

Zusammenfassend haben wir deutlich herausgestellt:

- Die Erkenntnis, dass Steinfurt seine Klimaschutzziele nicht erreichen kann, darf keine fatalistische Haltung auslösen. Auch wenn das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 unrealistisch ist, müssen alle Anstrengungen darauf ausgerichtet sein, ambitioniert und engagiert viele Klimaschutzprojekte zu realisieren und die CO₂-Emissionen deutlich zu reduzieren. Die Klimaneutralität muss zumindest zu einem nennenswerten Prozentsatz erreicht werden.
- Die Stadtverwaltung muss Politik und Bevölkerung transparent und ehrlich darüber informieren, was sie in Sachen Klimaschutz leisten kann. Es darf nicht weiter der Eindruck vermittelt werden, dass die Stadt gut aufgestellt ist die großen Herausforderungen ohne zusätzliche Anstrengungen zu bewältigen sind.
- Die Bevölkerung muss offen und ehrlich auf den anstehenden Transformationsprozess und die Auswirkungen auf das Leben, Arbeiten und Wohnen in Steinfurt vorbereitet werden.
- Steinfurt sollte die Chance nutzen, die Zivilgesellschaft im Rahmen einer echten Bürgerbeteiligung im anstehenden Transformationsprozess aktiv mitwirken und mitgestalten zu lassen. Es gilt, die Alltags- und Ortskompetenz der Menschen und das enorme Expertenwissen für die Entwicklung unserer Stadt zu nutzen. Deutschlandweit gibt es zahlreiche Kommunen, die mehr Klimaschutz durch Beteiligung erreicht und nebenbei die Lebensqualität gesteigert haben.

Fazit

Es war nicht zu erkennen, dass der Verwaltungsvorstand Klimaschutz als herausragendes und vordringliches Querschnittsthema einordnet. Mit mehr Personal ist nicht zu rechnen. Strukturelle Verbesserungen sind nicht gewollt. Aus unserer Sicht war der Termin enttäuschend. Zuversicht ist nicht entstanden, die Sorgen um die Zukunft unserer Stadt sind eher gewachsen.

Umso mehr brauchen wir eine starke Stadtgesellschaft!

Steinfurt kann mehr!

Wir bleiben dran.

Uli Ahlke, Martina Stienemann, Uli Fischer, Yvonne Hoppe-Engbring,
Anna Ahlke, Anne Schmiechen, Ralf Binow